

Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 08.10.2024

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 20:15 Uhr

Ort, Raum: Kreisverwaltung Rosenstraße, Konferenzraum 1 + 2, Rosenstraße 28a, 23795 Bad Segeberg

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Angelika Hahn-Fricke
CDU

Bemerkung

Mitglieder

Name

Annette Glage
CDU

Torsten Kowitz
CDU

Matthias Malassa
CDU

Benno Weidler
CDU

Dirk Wehrmann
SPD

Torben Dwinger
SPD

Arne Hansen
B90/Die Grünen

Denise Kreissl
B90/Die Grünen

Julian Flak
AfD

Klaus-Joachim Scheunert
FDP

Rainer Schuchardt
Freie Wähler

Marianne Böttcher
Kreissenorenbeirat
Jan Peter Schröder

Bemerkung

Vertretung für: Martin Ahrens

Vertretung für: Cordula Schultz

Vertretung für: Christine Schmid

KT-Abg. als Gäste**Name****Bemerkung**

Kurt Barkowsky
CDU
Annelie Eick
CDU
Constanze Rode
CDU
Thomas Völcker
dieBasis

Verwaltung**Name****Bemerkung**

Markus Gerberding
FBL I
Matthias Schröder
FBL II
Hendrik Schrenk
FBL IV
Andrea Terschüren
FBL V
Dagmar Höppner
Gleichstellungsbeauftragte*r
Ansgar Kruse
Personalrat
Inger Lensch

Michaela Lexau
FDL
Traute McGregor
FDL
Christian Rüge
FDL
Dennis Stelling
FDL
Frank Schmitt

Jörg Schössow

Oliver Stürwohldt

Protokollführung**Name****Bemerkung**

Tanja Krüger

Name
Bemerkung
Abwesend
Mitglieder
Name
Bemerkung

Martin Ahrens

-

SPD

Cordula Schultz

-

SPD

Christine Schmid

-

Kreissenorenbeirat

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung	
2	Einwohnerfragestunde I	
3	Formalien	
3.1	Genehmigung der Tagesordnung	
3.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.07.2024	
4	Informationen des Landrates	
5	Berichte/Informationen des Kreispräsidenten	
6	Beratung und/oder Beschlussfassung	
6.1	Beschlussfassung zur Neufassung des Landesrahmenvertrages nach §131 SGB IX zur Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe für das Land Schleswig-Holstein	DrS/2024/162

TOP	Betreff	Vorlage
6.2	Umsetzung des Beschlusses zur Förderung der Demokratiestärkung bei Jugendlichen durch Bezuschussung des Verbandes Politischer Jugend (VPJ) Kreis Segeberg	DrS/2023/255-02
6.3	Kunst- und Kulturpreis und Förderpreis Kunst und Kultur des Kreises Segeberg - Änderung der Richtlinie	DrS/2024/063
6.4	Schulsozialarbeit an den Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung - Erhöhung der wöchentlichen Stundenzahl ab dem Schuljahr 2025/2026	DrS/2024/173
6.5	Nutzung von Pressebeiträgen an Schulen	DrS/2024/146
6.6	Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Stellungnahme zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“	DrS/2024/195
6.7	Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Stellungnahme zur Teilfortschreibung „Wohnbaulicher Entwicklungsrahmen“	DrS/2024/164
6.8	Inflationsausgleichsprämien im ÖPNV	DrS/2024/183
6.9	Abschluss eines Rahmenvertrages über Dienstleistungen zur Bestandsaktendigitalisierung – Anpassung Auftragswert und Zuschlagserteilung	DrS/2024/201
6.10	Gründung eines gemeinsamen IT-Verbundes - Beschlussergänzung	DrS/2023/023-07
6.11	Jahresabschluss 2023 WKS GmbH	DrS/2024/202
6.12	Verwaltungsgemeinschaft über die Wahrnehmung der Aufgabe der gemeinsamen Datenschutzbeauftragten - Fortführung unter redaktionellen Vertragsänderungen und Aufnahme neuer Vertragspartner	DrS/2024/208
6.13	Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in den Fachbereichen L, I, II und IV im Haushaltsjahr 2023	DrS/2024/209
6.14	Jahresabschluss 2023 des Kreises Segeberg und Aufteilung des Eigenkapitals 2023 auf allgemeine Rücklage und Ausgleichsrücklage mit Wirkung zum 1. Januar 2024	DrS/2024/204

TOP	Betreff	Vorlage
7	Berichte/Informationen	
7.1	Vorstellung Eckwerte Haushaltsentwurf und Stellenplanentwurf 2025 (mündlicher Bericht)	
7.2	Sachstand September 2024 über die Abarbeitung der "Kontroll-Liste" zu den Berichten des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg für die Jahre 2018- 2020	DrS/2024/200
7.3	Ergebnisse aus Jugend im Kreistag vom November 2023 / AG 6: Situation von Jugendlichen: Was gibt es – Was braucht es – Gleiche Chancen für alle; hier: Antrag „Einrichtung eines Freizeitnetzwerkes im Kreis Segeberg“	DrS/2024/130
7.4	WKS-Trägerschaft Frau & Beruf	DrS/2024/196
7.5	Quartalsbericht 30.06.2024	DrS/2024/193
7.6	Beteiligungen / laufendes Berichtswesen zum 30.06.2024	DrS/2024/153
7.7	10. Beteiligungsbericht des Kreises Segeberg	DrS/2024/199
8	Verschiedenes	
8.1	Anfragen	
8.2	Anregungen für die nächste Sitzung	
9	Einwohnerfragestunde II	

Nichtöffentlicher Teil - Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Gremiums werden die nachfolgenden Tagesordnungspunkte voraussichtlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt. -

TOP	Betreff	Vorlage
10	Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1. Begrüßung

Frau Hahn-Fricke eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Zu 2. Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Zu 3. Formalien

Zu 3.1. Genehmigung der Tagesordnung

Frau Hahn-Fricke schlägt vor, TOP 6.3 in die nächste Sitzung zu verschieben, da Haushaltsrelevanz vorliegt. Weiter kann TOP 6.10 gestrichen werden, da der Kreis Herzogtum-Lauenburg hierüber nicht beschlossen habe. Die Tagesordnung wird den beiden Änderungen einstimmig genehmigt.

Zu 3.2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.07.2024

Da es keine Wortmeldungen gibt, gilt die Niederschrift als genehmigt.

Zu 4. Informationen des Landrates

Herr Schröder berichtet über folgende Themen:

- Der Hauptausschuss des Kreises Herzogtum-Lauenburg habe am gestrigen

Abend den Grundsatzbeschluss zur IT-Allianz Nord einstimmig gefasst.

- Die Flüchtlingszahlen seien insgesamt leicht sinkend, es könne deshalb bis zum Jahresende von etwas weniger zugewiesenen Personen ausgegangen werden, als prognostiziert.
- Die beim Land beantragte Kostenerstattung für Borstel 1.0 und 2.0 sei zu 100% erfolgt. Die Verteilung der Prämie für zugewiesene Geflüchtete in Höhe von 7.500 € bleibe abzuwarten. 90% werden an die Kommunen gezahlt, zur Zeit erfolge die Abstimmung über die Aufteilung zwischen Kreis, Gemeinden und den Kommunalen Landesverbänden.
- Für die Bezahlkarte sei das Vergabeverfahren beendet. Es werde am Montag per Viko ein Gespräch geben, um die Eckdaten für den Umgang zu erfahren. Ob die Karte tatsächlich eine Vereinfachung für der Verwaltung darstelle, bleibe abzuwarten.
- Zur Feuerschutzsteuer habe es Gespräche gegeben und es wurde ein Verhandlungsergebnis erzielt, die betroffenen Gemeinden müssten noch zustimmen. Die Bandbreite der Rückzahlungen liege zwischen 10 und 100%.
- Der Schuldenstand wird zu Protokoll gegeben und befindet sich in der Anlage.

Anlage 1 Schuldenstand_aktuell_2024

Zu 5. Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Herr Buthmann berichtete von Jugend im Kreistag. Dies solle ab 11. November statt finden. Es sei diesmal eine Rekordzahl von 72 Schüler*innen aus 13 Schulen dabei. Die Moderationsteams seien zusammen gestellt und man freue sich, dass es so eine große Resonanz gebe.

Zu 6. Beratung und/oder Beschlussfassung

Zu 6.1. Beschlussfassung zur Neufassung des Landesrahmenvertrages nach §131 SGB IX zur Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe für das Land Schleswig-Holstein

DrS/2024/162

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt, der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt,

dem Rahmenvertrag Schleswig-Holstein nach § 131 SGB IX zur Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe zuzustimmen und den Landrat zu ermächtigen, diesen zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 6.2. Umsetzung des Beschlusses zur Förderung der Demokratiestärkung bei Jugendlichen durch Bezuschussung des Verbandes Politischer Jugend (VPJ) Kreis Segeberg

DrS/2023/255-02

Herr Kowitz fragt nach dem Stellenanteil von 0,25 VZ, der für die Prüfung der Anträge der Schulen gedacht gewesen sei. Da dieser Teil entfalle, gehe er davon aus, dass der Stellenanteil ebenfalls entfalle. Frau Terschüren stimmt dem zu und erklärt, dass die Bearbeitung aus dem Bestand erfolgen werde.

Herr Flak äußert Kritik, da bestimmte Jugendverbände der Parteien systematisch von der Antragstellung ausgeschlossen würden. Er zweifelt die rechtliche Bestandskraft an. Wenn ein Verein nicht rechtskonform arbeite, gebe es die Möglichkeit des Verbotsverfahrens, ansonsten seien alle demokratisch gleich zu behandeln. Weiter bemängelt er den Punkt des Gender- und Diversity Mainstreamings in der Jugendarbeit.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport empfiehlt dem Kreistag:

I. In Abänderung des Beschlusses vom 07.12.2023, Drs/2023/255, beschließt der Kreistag die Förderung von Projekten und Maßnahmen der Nachwuchsorganisationen der im Kreistag vertretenen demokratischen Parteien auf Basis der in der Anlage beigefügten Förderrichtlinie zur Demokratiestärkung mit jährlich insgesamt maximal 20.000 € aus Fördermitteln des Kreises ab dem laufenden Haushaltsjahr. Die Förderung für das Jahr 2024 wird dabei anteilig mit 10.000 € ausgekehrt.

I.a Hierzu wird die in der Anlage im Entwurf beigefügte Förderrichtlinie zur Demokratiestärkung beschlossen.

II. Zur Realisierung des unter a aufgeführten Beschlusses beschließt der Kreistag

gleichzeitig eine Ausnahmeregelung gem. Ziffer 3.7 der Richtlinien für die finanzielle Förderung von Maßnahmen im Kreis Segeberg in der Absicht, die Vollfinanzierung von Projekten und Maßnahmen auf Basis der "Richtlinie zur Förderung der Demokratiestärkung" zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	1		1	2
AfD		1		1
FDP	1			1
Freie Wähler			1	1
gesamt	9	1	2	12

Zu 6.3. Kunst- und Kulturpreis und Förderpreis Kunst und Kultur des Kreises Segeberg - Änderung der Richtlinie

DrS/2024/063

Vorlage zurückgestellt

Zu 6.4. Schulsozialarbeit an den Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung - Erhöhung der wöchentlichen Stundenzahl ab dem Schuljahr 2025/2026

DrS/2024/173

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

An den zwei Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung, der Schule am Hasenstieg und der Trave-Schule, wird ab dem Schuljahr 2025/2026 die wöchentliche Stundenzahl für die Schulsozialarbeit während der Unterrichtswochen von 15 auf 25 Stunden erhöht. Je Kalenderjahr werden insgesamt zusätzliche Mittel i.H.v. 36.400 EUR zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 6.5. Nutzung von Pressebeiträgen an Schulen DrS/2024/146

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Ab dem Jahr 2026 stellt der Kreis Segeberg die laufenden Kosten, die aufgrund des im Sachverhalt dieser Vorlage genannten Vertrages für den Betrieb eines Presseportals und die Nutzung von Pressebeiträgen an den Schulen im Kreisgebiet anteilig je Schüler*in anfallen, einmal jährlich den Schulträgern in Rechnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 6.6. Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Stellungnahme zur Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ DrS/2024/195

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Fachstellungnahme der Verwaltung als Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD			1	1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	11		1	12

Zu 6.7. Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein: Stellungnahme zur Teilfortschreibung „Wohnbaulicher Entwicklungsrahmen“

DrS/2024/164

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Teilfortschreibung „Wohnbaulicher Entwicklungsrahmen“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung dazu werden zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus werden keine weiteren Anregungen vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 6.8. Inflationsausgleichsprämien im ÖPNV
DrS/2024/183

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der von der Autokraft GmbH für den Verkehrsvertrag über die Teilnetze SE3-9 in den Jahren 2022/2023 nachgewiesene finanzielle Aufwand für Inflationsausgleichsprämien von insgesamt 296.745,73 € wird ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 6.9. Abschluss eines Rahmenvertrages über Dienstleistungen zur Bestandsaktendigitalisierung – Anpassung Auftragswert und Zuschlagserteilung
DrS/2024/201

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot des Vergabeverfahrens zu erteilen. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, entsprechende Haushaltsmittel für die Folgejahre einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 6.10. Gründung eines gemeinsamen IT-Verbundes - Beschlussergänzung**DrS/2023/023-07**

Vorlage zurückgezogen

Zu 6.11. Jahresabschluss 2023 WKS GmbH**DrS/2024/202**

Herr Weidler erkundigt sich nach der heutigen Anzahl der Mitarbeiter*innen. Der Landrat erklärt, dass die Zahl sich mit 11 Mitarbeitenden zu 2023 nicht verändert habe. Durch den Wegfall des Frau und Beruf-Projekts würde sich die Anzahl ab 2025 verringern. Herr Weidler möchte weiter wissen, worauf die deutlich gestiegenen Raumkosten zurückzuführen seien. Herr Flak berichtet aus dem Aufsichtsrat, dass dies durch erhöhte Nebenkosten entstanden sei.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt den folgenden Gesellschafterbeschlüssen der WKS GmbH zu:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2023 inkl. Lagebericht der WKS GmbH.
2. Verwendung des Jahresfehlbetrages 2023 der WKS GmbH in Höhe von 988.870,96 € durch Vortrag auf neue Rechnung.
3. Kenntnisnahme des Nachweises über die Verwendung der Mittel gem. Ziffer 4.8 Betrauungsakt.
4. Entlastung der Geschäftsführung der WKS GmbH für das Geschäftsjahr 2023.
5. Entlastung des Aufsichtsrats der WKS GmbH für das Jahr 2023.

Herr Landrat Schröder als Gesellschaftervertreter wird beauftragt, den entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen in der Gesellschafterversammlung der WKS GmbH zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 6.12. Verwaltungsgemeinschaft über die Wahrnehmung der Aufgabe der gemeinsamen Datenschutzbeauftragten - Fortführung unter redaktionellen Vertragsänderungen und Aufnahme neuer Vertragspartner DrS/2024/208

Der Landrat führt aus, dass die Stadt Neumünster Ende Oktober einen endgültigen Beschluss über die Anzahl der Stellen treffen werde. Die Stadt werde nur Dienstleistungen im beschlossenen Stundenumfang erhalten.

Beschlussvorschlag:

- 1) Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt – unter Vorbehalt einer gleichlautenden Beschlussfassung der Ratsversammlung der Stadt Neumünster am 15.10.2024 – die Fortführung bzw. Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft nach § 19 a GKZ über die Wahrnehmung der Aufgabe der/des gemeinsamen Datenschutzbeauftragten gemäß Änderungsvertragsentwurf mit Wirkung zum 01.01.2025 und die Aufnahme der hierfür erforderlichen neuen Stellen im Umfang von bis zu 1,5 VZS in den Stellenplan 2025.
- 2) Die im Änderungsvertragsentwurf unter § 5 Abs. 7 vorgesehenen Stellen dürfen bereits im Vorwege ausgeschrieben und besetzt werden.
- 3) Der Landrat wird beauftragt, die notwendigen Verträge zu schließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 6.13. Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in den Fachbereichen L, I, II und IV im Haushaltsjahr 2023**DrS/2024/209**

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt:

Die im Haushaltsjahr 2023 in den Teilbudgets III (Soziales, Arbeit und Gesundheit), IV (Umwelt, Planen, Bauen) und V (Jugend und Bildung) entstandenen überplanmäßigen und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen über 13.909.164,75 EUR werden gemäß § 57 Kreisordnung i.V. mit § 82 Gemeindeordnung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	12			12

Zu 6.14. Jahresabschluss 2023 des Kreises Segeberg und Aufteilung des Eigenkapitals 2023 auf allgemeine Rücklage und Ausgleichsrücklage mit Wirkung zum 1. Januar 2024**DrS/2024/204**

Herr Schössow fasst die Eckdaten der Vorlage für alle Beteiligten kurz zusammen.

Beschlussvorschlag:

- a) Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 und des Lageberichtes für das Haushaltsjahr 2023 des Kreises Segeberg wird zur Kenntnis genommen.
- b) Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt den Jahresabschluss 2023 mit der am 27.03.2024 aufgestellten Abschlussbilanz des Kreises Segeberg zum 31.12.2023 mit einer Bilanzsumme von

346.521.667,18 € sowie einem Eigenkapital in Höhe von 121.362.089,88 € sowie den Lagebericht.

- c) Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt, dass die mit dem Jahresabschluss 2023 ausgewiesene Ergebnismrücklage in Höhe von 24,5 Mio. € und die allgemeine Rücklage in Höhe von 74,2 Mio. € der Bilanz gem. § 60 Abs. 3 GemHVO entnommen und auf die Allgemeine Rücklage in Höhe von 61.437.031,15 € und auf die Ausgleichsrücklage in Höhe von 37.290.609,73 € verteilt werden (Variante 1).
- d) Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt, dass der mit dem Jahresabschluss 2023 ausgewiesene Jahresüberschusses in Höhe von 22,6 Mio. € so verteilt wird, dass die allgemeine Rücklage eine Höhe von 78.362.089,88 € und die Ausgleichsrücklage eine Höhe von 43 Mio. € ausweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD	1			1
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
Gesamt	12			12

Zu 7. Berichte/Informationen

Zu 7.1. Vorstellung Eckwerte Haushaltsentwurf und Stellenplanentwurf 2025 (mündlicher Bericht)

Frau Mc Gregor stellte die Eckwerte für 2025 vor. Herr Kuhlmann erläutert den Stellenplan 2025.

Frau Mc Gregor erklärt auf Nachfrage von Herrn Scheunert, dass die Haushaltsdaten der Gemeinden im Vorbericht abgebildet seien. Bei einer angedachten Kreisumlagerenerhöhung müssen alle Kommunen angehört werden. Die dauernde Leistungsfähigkeit aller müsse berücksichtigt werden. Der Landrat ergänzt, dass eine Kreisumlagerenerhöhung für 2025 verwaltungsseitig nicht vorgeschlagen wer-

de. Die Diskussion werde im Frühjahr 2025 für den Haushalt 2026 starten. Gleichwohl könne der Kreistag anders entscheiden. Frau Mc Gregor stellt dar, dass die Erhöhung für 2025 rechtlich noch bis bis 30.06.2025 möglich sei. Dies würde jedoch für jede Kommune einen Nachtragshaushalt nach sich ziehen.

Herr Schuchardt fragt nach der Stellenminderung beim VJKA. Herr Kuhlmann erklärt, dass dies eine Stellenverschiebung sei. Der VJKA würde die Mitarbeiter*innen direkt anstellen, damit entfalle die Kostenerstattung an den Kreis.

Herr Scheunert möchte wissen, ob eine Personalkostenplaung ohne Steigerung realistisch sei. Hierzu teilt Herr Kuhlmann mit, dass eine mögliche Tarifsteigerung über die Stellenbesetzungsquote auszugleichen sei. Es sei derzeit nicht bekannt, wann eine Tarifsteigerung beschlossen werde und und wie hoch diese ausfallen werde.

Herr Malassa erkundigt sich, was die Mitarbeiter*innen der Organisationsabteilung künftig tun, wenn keine neuen Stellen bewertet werden müssen. Herr Kuhlmann bestätigt, dass der Bereich Prozessoptimierung eins der Kerngeschäfte der Orga sei. Man werde die Digitalisierung weiter optimieren und damit den Bürger*innen mehr Service bieten. Dies sei auch im Zuge des Fachkräftemangels ein wichtiger Schritt.

Zu 7.2. Sachstand September 2024 über die Abarbeitung der "Kontroll-Liste" zu den Berichten des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg für die Jahre 2018- 2020

DrS/2024/200

Frau Hahn-Fricke merkt an, dass es keine Veränderungen zur letzten Liste gebe. Der Landrat erklärt, dass das Prüfungsamt Feststellungen gemacht habe. Die Liste werde sukzessive abgearbeitet, teilweise gebe es aber auch unterschiedliche Auffassungen zwischen Verwaltung und Prüfungsamt, so dass keine Änderungen erfolgen.

Zu 7.3. Ergebnisse aus Jugend im Kreistag vom November 2023 / AG 6: Situation von Jugendlichen: Was gibt es – Was braucht es – Gleiche Chancen für alle;

hier: Antrag „Einrichtung eines Freizeitnetzwerkes im Kreis Segeberg“

DrS/2024/130

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu 7.4. WKS-Trägerschaft Frau & Beruf
DrS/2024/196

Frau Höppner erklärte, dass die Qualität dieser Beratungsstelle massiv abnehmen würde und auch die Arbeit der Mitarbeiter*innen werde sich ändern. Eine Onlineberatung sei für manche Frauen gar nicht möglich, da diese nicht dementsprechend ausgestattet seien. Für die Beantwortung der komplexen Fragen der Frauen, bedürfe es in einigen Fällen eine gewisse Vertrauensebene, die es dann nicht mehr gebe. Frau Höppner werde dem HA weiterhin berichten.

Zu 7.5. Quartalsbericht 30.06.2024
DrS/2024/193

Herr Schuchardt möchte wissen, wie sich die sonstigen Kosten zusammensetzen, da dies die größte Position sei. Frau Mc Gregor erklärt, dass sie dies recherchieren müsse und sagt eine Beantwortung zu Protokoll zu.

Herr Kowitz habe eine Nachfrage zu Seite 13. Im Fachbereich III und V seien große Summen zu zahlen, obwohl diese Zahlungen auf Bundesgesetzen basieren. Er fragt, ob der Kreis zu den Zahlungen verpflichtet sei und ob ggf. Erstattungen zu erwarten seien. Frau Mc Gregor erklärt, dass es sich Pflichtleistungen handele, die vom Kreis zu erbringen seien. Durch steigende Fallzahlen würden die Kosten ansteigen. Der Landrat erläutert auf Nachfrage von Herrn Dwinger, dass die Kosten für unbegleitete minderjährige Geflüchtete nicht zu 100% durch Konnexität gedeckt seien.

Antwort der Verwaltung zur Frage von Herrn Schuchardt:

Erläuterung zum Quartalsbericht Seite 8: der Anstieg der „Sonstigen Aufwendungen“ in Höhe von 16,7 Mio. € ist insbesondere auf die Konten 54611 „Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende nach § 22 Abs. 1 SGB II“ sowie 54980 „Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten“ zurückzuführen. Diesen beiden Aufwandspositionen stehen Ertragspositionen in nahezu identischer Höhe gegenüber.

Weitere Inhalte der Sonstigen Aufwendungen (Kontengruppe 54) sind den Verwaltungsvorschriften über den Kontenrahmen für die Haushalte der Gemeinden (VV-Kontenrahmen) – Anlage 1: Kontenrahmen mit Zuordnungsvorschriften für die Haushalte der Gemeinden zu entnehmen. Beispielhaft sind hier Geschäftsaufwendungen (Bürobedarf, Bücher und Zeitschriften, Post- und Fernmeldegebühren, Bekanntmachungen, Reisekosten), Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Erstattungen für die Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit (Gastschulbeiträge, Verwaltungskostenerstattungen) zu nennen.

Zu 7.6. Beteiligungen / laufendes Berichtswesen zum 30.06.2024
DrS/2024/153

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu 7.7. 10. Beteiligungsbericht des Kreises Segeberg
DrS/2024/199

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu 8. Verschiedenes

Zu 8.1. Anfragen

Herr Malassa fragt nach, ob weitere Fragen zum IT-Verbund gestellt werden könnten. Der Landrat teilt mit, dass im Kreistag zunächst nur der Grundsatzbeschluss gefasst werden solle. Im Januar werde es eine weitere Sitzung zur IT-Allianz Nord geben, in der Fragen zur Gründung geklärt werden können.

Zu 8.2. Anregungen für die nächste Sitzung

Der Landrat weist darauf hin, dass für die Haushaltssitzung ein früherer Sitzungsbeginn sinnvoll sei. Frau Hahn-Fricke kündigt an, dass die Sitzung voraussichtlich um 16 Uhr beginnen werde.

Zu 9. Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der/Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Vorsitz:

Angelika Hahn-Fricke

Protokollführung:

Tanja Krüger